

verantwortlicher Vertreter — der gesamten Nation führt.

Aus der neuen Schule soll das hervorgehen, was die Deutschen trotz redlichster Bemühungen immer noch nicht sind — eine Nation!

Nach der Zersplitterung des deutschen Schulwesens, das in den letzten Jahren zum Gespött der ganzen Welt wurde mit seinen stillosen Versuchen, das schließlich zu einem allgemeinen Chaos wurde, kann man die Ausmerzung gerade dieser Uebel der Unselbstlichkeit, der Unpersönlichkeit nicht genug wünschen.

Im Vordergrund an Wert der Beeinflussung steht in Zukunft der Geschichtsunterricht.

Denn es gibt kein stärkeres Bindemittel als das Bewußtsein einer gemeinsamen Vergangenheit, eines gemeinsamen Schicksals durch die Höhen und Tiefen vieler Jahrhunderte...

Großzügiger Ausbau des Pflichtarbeitsdienstes

Die Organisation der Arbeitsdienstpflicht macht gewaltige Fortschritte. Bis zum 1. Oktober werden 540 Stammabteilungen, die zu 90 Prozent aus allen Nationalsozialisten und Stadthelfern fertig dastehen, und am 1. Dezember 1930 Stammabteilungen.

Damit ist die Anfangsorganisation zur Einrichtung und Durchführung, ferner die Organisation der unteren Führung fertig gestellt.

Die Natur der Arbeitsprojekte bedingt eine starke Konzentration der Stammabteilungen im Osten.

Den Verkehrsanforderungen Rechnung tragend

Im Vordergrund der Arbeitsbeschaffung steht die planmäßige Ausdehnung der alten Durchgangsstraßen, deren Länge etwa 100 000 Kilometer beträgt, und eine Verbesserung der Zubringerstraßen. Um den von der Regierung auf höchste geförderten Kraftverkehr weiter fortzuführen, ist ferner der Bau von 8000 bis 10 000 Kilometer neuer Fernstraßen geplant um gewisse direkte Verbindungen von Süden nach Norden und von Westen nach Osten zu ermöglichen. Ferner sollen eine Reihe neu erschlossener Siedlungsgebiete durch neue Straßen an die Provinzialstraßen angeschlossen werden.

Die Konzentration der Verfügungsgewalt in Deutschland in einer Hand wird jetzt unter Begründung aller territorialen Gemeinnschaften eine Einheitlichkeit und ein planwirtschaftliches Streben in die gesamte Verkehrsverwaltung Deutschlands hineinbringen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm bleibt naturgemäß nicht nur auf das Straßenausbau beschränkt, sondern umfaßt auch Meliorationen, Kanalbaute, Urbarmachungen usw.

Man legt auf Edeners Gutachten Wert

Der Washingtoner Kongressschiff, der die Kron-Ratstrophe zu unteruchen hat, lud Dr. Edener nach Washington ein, damit er seine Ansicht über das jurchbare Unglück abgeben könne. Dr. Edener ist bereits von Pernambuco aus mit einem Dampfer nach New York unterwegs und wird in der kommenden Woche in Washington eintreffen.

lichen Denken vorzuziehen, ist kein Zufall. Die europäische Lage und die Aufstellung unseres Volkstums in zahlreiche Staaten — ein Schicksal, das wir mit allen ostmitteleuropäischen Völkern teilen, zwingt uns zu unablässiger Betrachtung des Problems, an dessen mangelhafter Lösung das balkanisierte Europa krankt.

Wenn der deutsche Reichskanzler in seiner großen außenpolitischen Rede davon sprach, daß das revolutionäre Deutschland jede Germanisierung verwerfe und eine besondere Achtung vor den Volkstämmen gerade der Kleinen habe, so hat er sich auch auf außenpolitischem Gebiet als europäischer Revolutionär im Geistigen gezeigt.

Der Gehalt der Eigenständigkeit der Völker wird eine der großen revolutionären Errangenschaften des Nachkriegsdeutschlands werden.

Es darf nicht bei einem völkertrennenden Nationalismus bleiben, sondern muß zu einer völkerverbindenden Sicherung der Volkstümer kommen. Deutschland sehe die Pflicht, diese Wandlung einzuleiten. Diese Pflicht geht aus der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes, aus seiner Verantwortlichkeit für Europa hervor und aus der

Notwendigkeit — Mitteleuropa neu zu ordnen —, ohne es in kriegerische Experimente zu verwickeln.

für die das nationalstaatliche Denken einen großen Anreiz bietet. Weil es seine Verantwortlichkeit für Europa fühlt, wird es sich hüten, kriegerische Experimente herauszufordern.

Das liberalwestliche Staatsdenken muß durch eine Neuordnung abgelöst werden, die das Nebeneinanderleben der Völker in unserem gequälten Erdteil sicherstellen wird.

Unter Zugrundelegung neuer politischer Methoden

Von Jburg aus hat Vizekanzler von Papen an Reichskanzler Adolf Hitler, Berlin folgendes Telegramm gerichtet:

Die gewaltige volksdeutsche Kundgebung auf der Jburg, bei der ich die Ehre habe, Sie und die Reichsregierung zu vertreten, ist

ein flammdendes Bekenntnis des Gesamtdeutstums zu dem geistigen Umbruch unserer Tage und zu den Männern, in deren Hände der Feldmarschall die Führung des neuen Deutschlands legte.

Sie haben, Herr Kanzler, in ihrer bedeutungsvollen Reichstagsrede als einen weiteren Beweis unseres Friedenswillens vollkommen neue Wege für eine volksdeutsche Politik gewiesen, und es ist klar, daß das durch den Berliner Vertrag balkanisierte Europa mit seinen zahlreichen entrechteten völkischen Minderheiten

nur durch bewusste Abkehr von dem nationalstaatlichen Prinzip und durch neue politische Methoden dem wahren Frieden zugeführt werden kann.

Ich hoffe und bin überzeugt, daß die Ausführungen, die ich heute im Sinne dieser Befassung habe machen dürfen, den Weg bereiten helfen zu einem Recht für die völkischen Einheiten in einem Europa des Friedens und der Wohlfahrt.

(gez.) Vizekanzler von Papen.

Strengste Sparsamkeit als Ueberschrift auch über dem neuen Reichshaushalt

Die Finanzminister ziehen an einem Strang

In der Besprechung der Finanzminister der Länder im Reichsfinanzministerium am Mittwoch gab der Reichsminister der Finanzen ein zusammenfassendes Bild über die öffentlichen Finanzen. Er unterstrich die Notwendigkeit rückichtsloser Sparsamkeit und die Unterordnung aller Wünsche unter den beherrschenden Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In großen Zügen wurden die Pläne über die Organisation und Finanzierung der Arbeitslosenfürsorge und Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung mitgeteilt.

In der anschließenden Aussprache ergab sich eine vollständige Uebereinstimmung aller Beteiligten in den grundsätzlichen Fragen.

Nach dem Willen des Reichsfinanzministers soll ab 1. Juli der bisher durch Reichsgesetz beschlossene Notetat durch den ordentlichen Haushalt abgelöst werden. Bereitet schon im Vorjahr die Ausbalancierung des Haushaltes ernste Schwierig-

keiten, so werden sie in diesem Jahr schon deswegen nicht geringer sein können, weil sich die volle Wucht der Rückwirkung des Krisenjahres 1932, vor allen Dingen des Winters 1932/33, erst jetzt, wie vorauszu-

sehen war, zeigen wird. Wenn von gutinformierter Seite zu hören ist, daß die Sachausgaben des Reiches um ein volles Fünftel gekürzt werden sollen und auch andere Einsparungen bevorstehen, so kann man schon daraus ersehen, wie radikal das Reichsfinanzministerium an die Gestaltung des ordentlichen Haushaltes herantritt.

Bis zum 1. Juli wird infolgedessen auch eine Entscheidung über das Schicksal der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und dementsprechend auch über die Wohlfahrtsverbandsbetreuung durch die Städte zu fällen sein. Man spricht von einer gänzlichen Vereinerung der Gemeinden von der Wohlfahrtsverbandslosenfürsorge und deren Uebernahme durch die Arbeitsämter entgegen den bisherigen Forderungen des Städtetages. Eine möglichst starke Konzentration der Erwerbslosenfürsorge in einer Hand soll durchgeführt werden.

Hoffnungslos verfahren!

Unter dieser Entschliebung wird Deutschlands Unterschrift fehlen

In leitenden Kreisen der Genfer Abrüstungskonferenz beschäftigt man sich jetzt bereits eingehend mit der Frage, in welcher Weise die Konferenz vor dem Beginn der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zum Abschluß gebracht werden kann. Gerüchtwiese verlautet, daß die Konferenz mit einer großen Entschliebung vorläufig abgeschlossen und sodann auf mehrere Monate vertagt werden soll. In dieser Entschliebung soll hauptsächlich die Sicherheits- und Kontrollfrage behandelt werden; jedoch

wird allgemein angenommen, daß das Schlupfdocument ausdrücklich das Verbot neuer Rüstungen für Deutschland enthalten wird.

Praktische Abrüstungsmahnahmen dürften in der Entschliebung nicht enthalten sein. Angesichts dieser sich schon jetzt abzeichnenden Entwicklung wird auf deutscher Seite ganz eindeutig festgestellt, daß die deutsche Regierung eine derartige Entschliebung unter keinen Umständen anerkennen werde.

Es ist schon jetzt unbedingt notwendig, offen und jeden Tag von neuem die Schuldfrage klarzustellen, falls die Konferenz in zwei Wochen ergebnislos abgeschlossen wird.

Es ist die französische Regierung, die jede Abrüstung sabotiert und die sogar die neuen amerikanischen Sicherheitsvor-

schläge als Grundlage für die Lösung der Abrüstungsfrage abgelehnt hat. Auch in englischen Kreisen hegt man jetzt ernste Besorgnisse über die völlige Ausschichtslosigkeit, in der kurzen, bis zur Londoner Konferenz noch zur Verfügung stehenden Frist zu praktischen Ergebnissen zu gelangen.

Der „Ränteschmied“ hat neue Arbeit

Zu den gestern begonnenen Flottenverhandlungen im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wird von deutscher Seite darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt auch die kleineren Mächte neuere Flottenforderungen für den Bau von U-Booten und Unterseebooten anmelde. Die französische Regierung hat erneut eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie in keiner Weise bereit sei, die Flottenbestimmungen des Londoner Abkommens zu unterzeichnen, sie will vielmehr die Nichtunterzeichnung als politisches Druckmittel benutzen. Somit haben sich auf einem Gebiet der Abrüstung, in das die deutschen Fragen nicht hineinspielen, große unüberbrückbare Gegensätze gezeigt, die die gesamte nach wie vor äußerst kritische Konferenzlage scharf bezeichnen.

Außer Frankreich übten auch Japan und Sowjetrußland scharfe Kritik am englischen Flottenvorschlagn. Der italienische Vertreter suchte einen Mittelweg einzuschlagen, bezeugte jedoch den englischen Plan als annehmbare Grundlage.

Nur der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis verteidigte den englischen Plan und erklärte, daß die großen Flottenmächte bereits ein ausgezeichnetes Beispiel einer wahrhaften Abrüstung gezeigt hätten, und der englische Abrüstungsplan durchaus zu einem Erfolg der Konferenz führen könne.

Deutschland ist berufen, die Wandlung der europäischen Sinnesart einzuleiten

Aus der Sehnsucht nach Frieden heraus

Zu einer außerordentlich eindrucksvollen Kundgebung für das Deutschtum gestaltete sich am Pimmelfahrtstage die große Grenzlandtagung in Jburg (Westfalen), die unter der Schuttherrschaft des Vizekanzlers von Papen stattfand. Für den Vizekanzler war eine Ehrenloge errichtet worden. Einige Minuten nach Eintreffen des Vizekanzlers erreichte der große Umzug, der von nicht weniger als 25 Musikkapellen begleitet war und dessen Vorbeimarsch mehr als eine Stunde in Anspruch nahm, den Festplatz. Der Umzug bot in seinem bunten Durcheinander ein malerisches Bild. Voran zogen die Gruppen der mittelalterlichen Trachten, gefolgt von den Gruppen in den Uniformen des alten deutschen Heeres und der Reitervereine sowie die Chorglieder der Universitäts Ränder, dann kamen die W.M. und D.L.-Schulgruppen aus dem ganzen West- und Nordmünsterland; Ostpreußen, Saargebiet, Sudetenland, Rheinländerkolonien riesen in ihren Gruppen erneut das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen wach. Besonders fiel ein Wagen „Geseffelte Heimat“ auf, der durch eine gefesselte Frau eindrucksvoll an die Leiden der in der Tschekoslowakei lebenden 3 1/2 Millionen Deutschen erinnerte.

Vizekanzler v. Papen entwickelte anknüpfend an die Rede des Reichskanzlers ein neues eindrucksvolles Bild des deutschen Gesamtvolkes in Europa und

wies der deutschen Politik vollkommen neue Wege zur Ueberwindung der gegenwärtigen Zerrissenheit Europas.

Wismarcks Reichsgründung und die klein-deutsche Lösung, so erklärte er u. a., hinterließen das deutsche Volk in einer Zersplitterung, die nach dem Vertrage von Versailles noch zunahm, so daß heute

die Deutschen Europas auf nicht weniger als 30 Staaten verteilt sind. Ein Drittel des deutschen Volkes lebt außerhalb der Reichsgrenzen.

Wissen wuhie nichts vom osteuropäischen Völkergemeinschaft, der Unmöglichkeit, Staats- und Volksgrenzen zur Deckung zu bringen, als er für Europa das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamierete.

Die Pariser Vorverträge haben die Balkanisierung Europas beschleunigt, die Unruheherde vermehrt, die Kuppelbildung der Völker gefördert. Minderheitenrecht ist zu einem leeren Wortbuddelismus geworden.

Wo liegt der Fehler? Der Staat saugt das Volkstum auf, läßt nichts eigenes mehr an Leben. Der kraftvolle Staat braucht aber einen lebendigen Gegenstand, das Volkstum, das aus Blut und Boden geistiges Leben gebiert, Staaten erstehen und vergehen.

Die geschichtliche Einheit von Körper und Seele, von Sprache und Sitte, die ihrem Wesen nach unzerstörlich ist, macht die Eigenständigkeit des Volkes aus.

Das schme die Jugend, als sie den längst veralteten Quell des Volkstums wieder freilegte. Dies ist auch der gesunde Zug an der richtig verstandenen Rassenidee: das Denken in Bodenständigkeit, in Familie, Geschlechterfolge und Erbthümern.

Dah gerade wir Deutschen zu einer neuen Staatsauffassung und zu einem neuen völkert-

Wir werden uns damit abzufinden wissen

Der Hauptauschuß des englischen Gewerkschaftsverbandes hat einstimmig beschlossen, alle Mitglieder der englischen Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften und sozialistischen Verbände zu einem Boykott deutscher Waren und deutscher Dienste aufzufordern. Begründet wird dieser Beschluß mit dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die entsprechenden Organisationen in Deutschland.

Sprengstoffanschlag in Steiermark

In der Nacht auf Sonntag ist in der Nähe von Bruck in Steiermark auf einer in der Nähe der Stadt gelegenen Murr-Insel ein Sprengstoffanschlag auf die kaislichen Telegraphen- und Telefonkabel verübt worden. Es handelt sich um das Fernkabel von Wien über Klagenfurt nach Italien, dann ein zweites Fernkabel von Bruck nach Vins an der Donau und ein Lokalkabel von Bruck nach Leoben. Der ist in die Erde verankerte gemauerte Kabelschachtel ist anscheinend mit Dynamit nach Anzündung einer Dynamitladung mittels Sprengschur in die Luft gesprengt worden. Die zwei inländischen Kabelleitungen sind vollständig zerstört. Das für den Verkehr nach Italien dienende Kabel ist bis auf einige Wärdern ebenfalls auseinandergerissen worden. Der Anschlag ist nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung zweifellos von

Unfsgerichteten Elementen verübt worden, deren Motive allerdings noch nicht ganz klar sind. Insgesamt sind durch das Attentat 800 Drittverbindungen getrübt worden.

Die Geschüße schweigen

Das vorläufige japanisch-chinesische Waffenstillstandsabkommen wurde am Donnerstag von dem Oberbefehlshabern der chinesischen und japanischen Armeen in Nijum unterzeichnet. Auf allen Fronten ist das Feuer eingestellt worden. Die Chinesen sollen sich dem Abkommen zufolge auf eine Linie zurückziehen, die etwa südlich der Eisenbahnlinie von Kalgan nach Peking und Tientsin verläuft. Die Japaner verbleiben vorläufig in ihren Stellungen. Die Verhandlungen für einen endgültigen Waffenstillstand werden sobald wie möglich eröffnet werden.

Das Ganze zurück!

Tschiangkaihsch hat einen Befehl erlassen, in dem er den Rückzug der chinesischen Truppen von Peking und Tientsin anordnet. Zum vorläufigen chinesischen Hauptquartier hat er die Stadt Baoding südwestlich von Peking bestimmt.

Wettervorhersage. Auffrischende Winde aus Richtungen um Nordwest. Hauptstichlich stark bewölkt. Etwas kühler; zeitweise Niederschläge.